



---

---

## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **39. Sitzung (öffentlich)**

4. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Lesbische/Schwule Jugendliche und Jugendarbeit</b>   | <b>6</b>  |
|          | – Gespräch mit einem Vertreter/einer Vertreterin der NRW-Fachberatungsstelle sexuelle Vielfalt & Jugendarbeit   |           |
|          | – Thorsten Schrodtt (NRW-Fachberatungsstelle sexuelle Vielfalt & Jugendarbeit) und Wibke Korten (NRW-Fachberatungsstelle sexuelle Vielfalt & Jugendarbeit) führen in die Thematik ein | 6         |
|          | – Aussprache  | 6         |
| <b>2</b> | <b>Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz – Ausführungsgesetz – AG SchKG)</b>                            | <b>12</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 16/6095  |           |
|          | Stellungnahme 16/1928   |           |
|          | – Aussprache  | 12        |

- 3 Gesetz zum Ausbau des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) - 14**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4819
- Ausschussprotokoll 16/566
- Auswertung und Anhörung und abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Aussprache 14
- 4 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 15**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5413
- Ausschussprotokoll 16/594
- Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Rechtsausschuss
- Aussprache 15
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu beraten, da der federführende Rechtsausschuss noch nicht mit der Auswertung der Anhörung begonnen hat.
- 5 Kinderrechte wirklich umsetzen! Nordrhein-Westfalen braucht geschulte Fachkräfte in allen Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Familienzentren für die konkrete Informationsvermittlung und Umsetzung der Kinderrechte 16**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6107
- Aussprache 16

Nach kurzer Aussprache beantragt die Piratenfraktion eine Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes. In der Obleuterunde soll der Rahmen vereinbart werden.

- 6 Ehrenamtliche Jugendhilfe macht nicht an Ländergrenzen halt – Möglichkeiten des länderübergreifenden Verdienstaufbaues schaffen 17**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/5757
- Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5034
- Stellungnahme 16/1908
- Aussprache 17
- Für den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/5757 stimmen die Fraktionen von FDP, CDU und Piraten. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.
- 7 Auswirkungen der Haushaltssperre 2014 für den Bereich Familie, Kinder, Jugend (Erlass des Finanzministeriums vom 01.07.2014) 22**
- Vorlage 16/2110
- Aussprache 22
- 8 Konsequenter Gesetzesvollzug des Jugendschutzes: Überwachung der Vorschriften zur Alterskennzeichnung von Trägermedien von CDs, DVDs mit Video- und Computerspielen 24**
- Bericht der Landesregierung
- Vorlage 16/2111
- Hinweis der Vorsitzenden 24
- Wortbeitrag Bernhard Tenhumberg (CDU) 24

<b>9</b>	<b>Drohende Kita-Schließungen aufgrund einer Unterfinanzierung von Kindpauschalen</b>	<b>25</b>
	Vorlage 16/2153	
	– Aussprache	25
<b>10</b>	<b>Finanzhilfen des Landes für die vom Unwetter zerstörten Kitas</b>	<b>43</b>
	– Bericht der Landesregierung	
	– Sts Bernd Neuendorf (MFKJKS) berichtet	43
	– Aussprache	44
<b>11</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>46</b>
	a) Hinweise der Vorsitzenden	
	– Hinweise der Vorsitzenden	46
	b) Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung	
	– Aussprache	46
	c) Jugendlandtag 2014	47

## 2 **Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz – Ausführungsgesetz – AG SchKG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6095

Stellungnahme 16/1928

**Vorsitzende Margret Voßeler** resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Das Plenum habe den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6095 nach der ersten Lesung in seiner 62. Sitzung am 2. Juli 2014 einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend federführend sowie zwei weiterer Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Sie habe gemäß § 59 der Geschäftsordnung des Landtags die Kommunalen Spitzenverbände beteiligt. Deren Stellungnahme sei als Stellungnahme 16/1928 verteilt worden. Hinweisen müsse sie auch auf die Vorlage 16/2054, mit der der Entwurf der zugehörigen Verordnung übersandt worden sei.

Namens der Piratenfraktion beantragt **Olaf Wegner (PIRATEN)** zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung.

**Ina Scharrenbach (CDU)** regt für die Befassung mit dem Gesetzentwurf inklusive der Rechtsverordnung ein Expertengespräch an. Das Thema werde mittlerweile lange genug beraten. Das Gesetz solle immerhin zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Den Beratungsbedarf ihrer Fraktion habe sie in der gestrigen Sitzung des Ausschuss für Frauenpolitik bereits dargelegt. – **Wolfgang Jörg (SPD)** vermag sich für seine Fraktion dem Wunsch nach einem Expertengespräch anschließen. Sollten die Grünen eine Anhörung wünschen, werde diesem Anliegen gefolgt.

**Andrea Asch (GRÜNE)** unterstreicht den Anspruch der Koalitionsfraktionen, dass die Rechtsverordnung Gegenstand einer Anhörung/eines Expertengesprächs sein müsse. Immerhin seien in dieser Verordnung essentielle Zusammenhänge geregelt. Sie schließe sich der Piratenfraktion an. Da es sich um einen Gesetzentwurf handle, werde üblicherweise eine Anhörung veranstaltet. Im aktuellen Zusammenhang plädiere sie für eine vom Umfang her begrenzte Anhörung.

**Britta Altenkamp (SPD)** geht davon aus, dass im Obleutekreis geregelt werde, wie der Umfang zu gestalten sei. Der Frauenausschuss sei auf jeden Fall zu beteiligen, da das in Rede stehende Gesetz immer sehr eng zwischen Familienausschuss einerseits und Frauenausschuss andererseits beraten worden sei.

Sie spreche sich für eine Anhörung mit einem klar strukturierten Umfang aus.

Nach ihr vorliegenden Informationen, so **Vorsitzende Margret Voßeler**, werde der Frauenausschuss pflichtig beteiligt. Wann die Veranstaltung stattfinden solle, könne in der Obleute- und Referentenrunde beraten werden.